

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stad

Preis: 10 Pf. pro Woche, 1.00 M. pro Monat, 3.00 M. pro Vierteljahr, 10.00 M. pro Jahr. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge Abwesenheit oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Postamt Stuttgart 5758 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

14. November 1932

Altensteig, Freitag den 11. November 1932

55. Jahrgang

Der Preußenkonflikt im Reichsrat

Berlin, 10. Nov. Nach mehrmonatiger Pause trat am Donnerstagabend der Reichsrat wieder zu einer Vollversammlung zusammen. Der Andrang der Öffentlichkeit war ungewöhnlich stark, da man eine Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Preußen erwartete. Für die Reichsregierung war Reichsinnenminister Freiherr von G a p l in Begleitung seines Staatssekretärs Dr. Zewelert und des Ministerialdirektors Gottscheiner erschienen, für Preußen die Ministerialdirektoren Bredt, Badi und C o g m a n n.

Nachdem Freiherr von G a p l die Sitzung eröffnet hatte, nahm sofort Ministerialdirektor Dr. Bredt das Wort, um für die preussische Staatsregierung eine Erklärung abzugeben. Seit mehr als drei Monaten hat der Reichsrat, so führte er eingehend aus, nicht tagen können, weil die Reichsregierung durch ein, wie nunmehr feststeht, mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehendes Vorgehen der preussischen Staatsregierung an der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten im Reichsrat verhindert hat. Es war der Wunsch der preussischen Staatsregierung, das Vergangene im Reichsrat still zu übergehen. Sie hat daher in eine Ausschreibung der ersten Vollversammlung des Reichsrats auf mehr als zwei Wochen nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes gewilligt. Leider ist in diesem langen Zeitraum trotz des größten Entgegenkommens der preussischen Staatsregierung bis heute nicht gelungen, eine befriedigende Regelung herbeizuführen. Auf Wunsch von Persönlichkeiten aus der Mitte des Reichsrats, die sich um eine solche Regelung bemühen und die Hoffnung haben, daß sie bis Samstag zustande kommt, und im Interesse anderer letzter Versuche um eine Verständigung steht die preussische Staatsregierung davon ab, die Sachlage heute genauer darzustellen. Sie begnügt sich mit folgenden Feststellungen:

Der Staatsgerichtshof hat den Vorwurf der Pflichtverletzung gegen das Land Preußen in vollem Umfang für unbegründet erklärt. Es gibt also keine Reichsrezution gegen Preußen. Der Staatsgerichtshof hat ferner festgestellt, daß die auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 bestellten Reichskommissare niemals Landesregierung werden und auch niemals an die Stelle der Landesregierung treten können. Wenn Reichskommissare Zuständigkeiten übernehmen, so können sie dies nur in der Weise tun, daß sie der Landesregierung vorübergehend Zuständigkeiten entziehen und sie vorübergehend auf das Reich übertragen.

Diese Lage beruht in einem solchen Maße die Grundlagen der geltenden Reichsverfassung, insbesondere der Rechtsstellung der Länder, daß sich die preussische Staatsregierung für verpflichtet hält, dem Reichsrat hieron Kenntnis zu geben.

Die Reichsregierung hat ihre Maßnahmen auch als Vorgehensweise auf die Reichsreform zu rechtfertigen versucht. Die Behandlung, die zur Zeit der preussischen Landesregierung zuteil wird, ist eine schlechte Vorbereitung auf eine autoritäre Reichsreform. Auch ist Artikel 48 Abs. 2 nicht dazu da, die Reichsreform durchzuführen. Zum mindesten hätte also die Reichsregierung gleichzeitig den Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform dem Reichsrat auf dem verfassungsmäßig vorgesehenen Wege zur ordnungsmäßigen Beschlussfassung vorlegen müssen. Die Reichsregierung hat aber mehr als drei Monate verstreichen lassen, ohne dies zu tun. Auf diese Weise wird eine günstige Erledigung des großen Wertes nicht gefördert, sondern im Gegenteil schwer gefährdet.

Die preussische Staatsregierung hat nicht nur die Rechte der gegenwärtigen, sondern auch künftiger preussischer Staatsregierungen zu wahren. Sie richtet als Mitglied des Reichsrats von dieser Stelle aus nochmals an die Reichsregierung die dringende Forderung, die unberechtigten Sondermaßnahmen in Preußen aufzuheben, mindestens aber die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in lokaler Weise durchzuführen und die Staatsautorität, die nicht nur in der Reichsregierung, sondern auch in den Landesregierungen verankert ist, selbst vorbildlich zu achten.

Darauf erwiderte Reichsinnenminister v o n G a p l: Die ganze Angelegenheit gehört nicht vor das Forum des Reichsrats, sondern bleibt, wie bereits das Urteil des Staatsgerichtshofes festgestellt hat, Sache der Vereinbarung zwischen den Beteiligten, das sind das preussische Staatsministerium und der Reichskommissar. Der Reichsminister hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen in Gegenwart des Reichspräsidenten bereits Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Dr. Braun und hat die lokale Durchführung des Urteils des Staatsgerichtshofes fest zugesagt. Die Verhandlungen über die Einzelheiten, die bereits seit längerer Zeit gepflogen worden sind, werden demnächst in einer neuerlichen Verhandlung, die der Reichskommissar inzwischen angeregt hat, einen hoffentlich befriedigenden Abschluß finden.

Die bayerische Staatsregierung steht, wie der Gesandte v o n P r e g e r mitteilte, auf dem Standpunkt, daß die Urteile des Staatsgerichtshofes in der Weise vollzogen werden müssen, in dem sie erlassen worden seien. Zu dem zweiten Teil der preussischen Erklärung werde Bayern in der Ausschussung am 12. November ausdrücklich Stellung nehmen.

Der württembergische Gesandte B o s l e r stimmte dieser Erklärung zu und bemerkte, der Reichsminister habe ihm in einer persönlichen Unterredung nach Erlass des Leipziger Urteils erklärt, daß er entschlossen sei, das Urteil anzuerkennen und in seinen Konsequenzen zu erfüllen, insbesondere auch im Verhältnis der alten preussischen Regierung zum Reichsrat. Da er nicht

Der Reichsfinanzminister beim Reichspräsidenten

Versuch zur nationalen Konzentration

Berlin, 10. Nov. Reichspräsident von Hindenburg nahm den Vortrag des Reichsfinanzministers von Papen über die Auflösung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Herr Reichspräsident betonte, daß er an den zur Bildung der Regierung von Papen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementsprechend beauftragte er den Reichsfinanzminister, in Besprechung mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und wie weit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen.

Vor den Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Parteiführern und den Regierungschefs

Berlin, 10. November. Wie wir in Ergänzung der amtlichen Mitteilung über den Empfang des Kanzlers beim Reichspräsidenten erfahren, werden die Besprechungen mit den Parteien um die Wochenwende beginnen. Ein genauer Termin aber steht bisher ebensowenig fest, wie der Kreis der in Frage kommenden Parteien. Das ist im einzelnen dem Kanzler überlassen worden. Das politische Programm, das die Grundlage der Besprechungen bilden soll, erstreckt sich in erster Linie auf die Verfassungsreform, die neben den großen wirtschaftlichen Fragen in der nächsten Zeit das Hauptproblem sein wird.

Die Besprechungen mit den Regierungschefs der Länder beginnen morgen nachmittag zunächst mit einer gemeinsamen Besprechung des Reichsfinanzministers mit den Vertretern von Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen.

Die „Germania“ zu den kommenden Parteiführerbesprechungen

Berlin, 11. November. Die „Germania“ beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit dem Auftrag des Reichspräsidenten an den Reichsfinanzminister, die Stellungnahme der Parteiführer zur Frage der Regierung der nationalen Konzentration zu sondieren.

Das Blatt schreibt u. a.: Wenn sich die Mission des Reichsfinanzministers tatsächlich auf die Feststellung beschränken soll, ob die in Frage kommenden Parteien gewillt seien, die Regierung in der Durchführung ihres Programms zu unterstützen, dann darf man heute schon prophesieren, daß die sogenannte Konzentration auch weiterhin nur die Partei des Herrn Hugenberg und ihr volksparteiliches Anhängel umfassen wird. Anstatt mit allen Mitteln und Konsequenzen eine Bereinigung unserer politischen Atmosphäre herbeizuführen, bleibt die Reichsregierung in einem tollkühnen Versuch stehen, der nicht zum Erfolge führen kann. Denn die „nationale Konzentration“, wie sie in der Fragestellung eingeschlossen liegt, wäre schließlich nichts anderes als eine Konzentration auf die Wege und Ziele der Reichsregierung. Das deutsche Volk verlangt, daß der Reichspolitiker in entscheidenden

in der Lage gewesen sei, nach der preussischen Erklärung mit seiner Regierung in Verbindung zu treten, könne er über die Modalitäten weitere Ausführungen nicht machen.

Die Vertreter Sachsens, Hessens, Hamburgs und der Rheinprovinz gaben ebenfalls kurze Erklärungen ab, in denen dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß das Urteil des Staatsgerichtshofes von allen Beteiligten loyal ausgeführt werde, und daß es insbesondere in der für Samstag anberaumten Ausschussung möglich sein werde, die Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Das Schreiben des Reichsfinanzministers über die Ernennung von Dr. Bredt und Dr. Poppih zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich wurde auf Antrag Preußens dem Haushaltsausschuss überwiesen, um diese Frage nach der etatsrechtlichen Seite zu behandeln. Der Reichsrat erledigte dann eine Anzahl kleiner Vorlagen und Eingaben.

Die deutsche Gleichberechtigungsforderung im engl. Unterhaus

London, 10. Nov. Im Unterhaus fand die mit großer Spannung erwartete außenpolitische Debatte statt. Major Attle brachte einen Antrag der Arbeiteropposition ein. In der Begründung führte er u. a. aus, daß die Abrüstungskonferenz keine Fortschritte mache. So habe sich das ganze Land eine tiefe Enttäuschung bemächtigt. Die englische Regierung müßte der Konferenz eine entscheidende Führung geben. Zu der Forderung Deutschlands auf Gleichberechtigung sagte der Redner, die Antwort des Staatssekretärs des Auswärtigen auf die deutsche Forderung sei als höchst unglücklich zu bezeichnen; denn es treffe nicht zu, daß die Forderung in einem ungeeigneten Augenblick vorgebracht worden sei. Jedermann erkenne seiner Meinung nach an, daß England grundsätzlich Deutschland die Gleichberechtigung nicht verweigern könne.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir John Simon, erklärte zur Abrüstungstage, zur Regelung der Schwierigkeiten,

Punkten ein anderer Inhalt und andere Methoden gegeben werden. Für die Fundierung einer neuen Politik wäre auch — die zum Beweise des Gegenteils — eine ausreichende Basis im Parlament denkbar, aus der sich eine starke, auch vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene Führung aufbauen könnte. Dieser Führung den Weg freizugeben und ihr eine ausreichende Grundlage im Volk zu verschaffen, das ist der Sinn der „nationalen Konzentration“ und ist zugleich auch die Mission, die der Reichsfinanzminister, wenn er mit den Parteien verhandeln will, erfüllen sollte. Es ist jedoch ein falscher Weg, das gegenwärtige Arbeitsprogramm der Reichsregierung mit seinen vom ganzen Volk abgelehnten Verfassungsplänen und ihre bisherigen Methoden der Staatsführung zur Grundlage einer wirklichen nationalen Konzentration zu machen.

„Der Angriff“ über nationale Konzentration

Berlin, 10. Nov. Der nationalsozialistische „Angriff“ bringt an der Spitze des Blattes einen Artikel unter der Überschrift „Der einzige Ausweg aus der Krise“, in dem er sich mit der Frage der nationalen Konzentration beschäftigt und unter anderem sagt: Niemand verschließt sich der unumgänglichen Tatsache, daß nach dem Ausgang der Wahl die Stellung der derzeitigen Regierung unhaltbar geworden ist, mit Ausnahme der Regierung Papen selbst. Sie besitzt die Notwendigkeit, die sogenannte „nationale Konzentration“ auf dem Wege durchzuführen zu wollen, daß die Parteiführer sich plötzlich bereit erklären sollen, das sozialreaktionäre Programm des Papenkabinetts anzuerkennen und sich für eine Zusammenarbeit im Sinne dieses Programms zur Verfügung zu stellen. Wir können jedenfalls schon jetzt eindeutig erklären, daß die NSDAP sich zu einer solchen Komödie nicht hergeben wird. Die 12 Millionen, die ihre Stimmen für Adolf Hitler abgaben, haben dies nicht getan, damit wir hinterher die Politik des Lohnraubes und der Renten Kürzungen des Kabinetts Papen sanktionieren, sondern weil wir eben dieser Politik den schärfsten Kampf angelegt haben. Da auch von anderen Parteien ähnliche Absagen zu erwarten und schon angekündigt sind, wird Herr von Papen nicht weit kommen. Wir verlangen uns keineswegs grundförmlich einer nationalen Konzentration, und wir sind überzeugt, daß wir mit den anderen für eine nationale Konzentration in Frage kommenden Kräften sehr wohl zu einer Einigung über ein wirkliches Aufbauprogramm kommen könnten, das unter Führung der NSDAP, als der weitaus härtesten Partei durchgeführt werden könnte. Auf der Grundlage des Papen-Programms aber ist eine solche Einigung unmöglich. Zum hundertsten Male sei es gesagt: Die nationalsozialistische Bewegung kann nur dann an der Regierung teilnehmen, wenn ihr selbst die Führung, die ihr ihrer Stärke nach zukommt, übertragen wird, d. h. wenn man Adolf Hitler mit der Kanzlerschaft betraut. Das ist der einzige Weg zur Lösung der Krise!

die nach aus der deutlichen Verständigungsordnung ergeben, rege die britische Regierung an, daß Hand in Hand mit einem fairen Entgegenkommen zu Deutschlands Anrecht auf den Grundhah der Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Zusicherung vereinen sollten, unter keinen Umständen zu versuchen, irgend welche gegenwärtigen oder zukünftigen Schwierigkeiten unter sich mit Gewalt zu lösen. Gleichberechtigung, wie sie die gegenwärtige deutsche Regierung versteht und auslegt, bedeute die Frage der erlaubten Waffen und die Reorganisation der deutschen Streitkräfte. Eine Zusammenarbeit von Angesicht zu Angesicht sei nach wie vor nötig, um eine Grundlage zu finden, auf der Deutschland zur Konferenz in Ehren zurückkehren könne. Simon nahm dann Bezug auf den französischen Plan und die kürzlichen Reden Herriots und Paul Boncourts. Der Plan stelle eine entschiedene Bemühung dar, dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung zu entsprechen. Der Vorschlag der Nichtangriffspakte europäischer Nationen, die wegen ihrer nächsten Nachbarschaft miteinander in starkem Maße gewissen gemeinsamen Risiken ausgesetzt seien, erscheine ihm der Zustimmung Englands würdig. Die Bezugnahme auf den Plan des Briand-Kellogg-Paktes müsse in Erwägung gezogen werden.

11 Todesopfer der Genfer Zusammenkünfte

Genf, 10. Nov. Die Zahl der Todesopfer der gestrigen Zusammenkünfte hat sich auf elf erhöht.

Die blutigen Zwischenfälle in Genf

Genf, 10. Nov. Die blutigen Zwischenfälle, die sich hier ereigneten, haben ihren tieferen Grund in der ungeheuren Spannung, die seit längerer Zeit latent zwischen den bürgerlichen Gruppen und der sozialistisch-kommunistischen Bewegung in Genf besteht. Die Niederlage, die kürzlich die sozialistisch-kommunistische Bewegung in einer von ihnen beantragten Volksabstimmung über Steuerbefreiung aller Einkommen unter



Hauptverjorgungsamt Stuttgart

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Gegen die erneuten Bestrebungen zur Verlegung des Hauptverjorgungsamts Stuttgart nach Karlsruhe ist die Württ. Staatsregierung schon vor einiger Zeit in persönlichen Schritten und in schriftlicher Darlegung gegenüber den maßgebenden Reichsstellen nachdrücklich vorgegangen...

Erhebung der Fleischsteuer

Der Württ. Staatsanzeiger veröffentlicht einen Erlaß des Finanzministeriums über die Erhebung der Fleischsteuer, der a. a. verschiedener steuerliche Erleichterungen auf dem Gebiete der Fleischsteuer bekanntgibt.

1. Bei Schlachtungen von Span- und Zuchtvieh, das noch nicht zur Schlachtung bestimmt war und im eigenen Betrieb des Steuerpflichtigen verwendet worden ist, ist ein Nachlaß an der Steuer aus Billigkeitsgründen vorgesehen...

2. Im Interesse der württembergischen Fleischwarenindustrie und des Metzgergewerbes ist weiterhin ein Nachlaß der Schlachtsteuer aus Billigkeitsgründen bei der Ausfuhr von Fleisch, Fleischwaren und Werkwaren nach anderen deutschen Ländern vorgesehen...

Aus Baden

Schluchsee, 9. November. (Schwerer Unglücksfall an der Schluchseebahn.) Zurzeit werden an der Bahnlinie Seebriegg-Schluchsee zwischen der Bahn und der darüber liegenden neuen Landstraße Stützmauern angeführt...

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Einbruch in ein Pfarrhaus. In das protestantische Pfarrhaus in Bad Dürkheim wurde in der Nacht auf Dienstag eingebrochen und durch noch unbekannte Täter silberne Bede und ein Radioapparat gestohlen.

Rätselhafter Mord in Leipzig. Nachts wurde der 33 Jahre alte Autoverkäufer Sonnenfels in Leipzig-Bahren mit Schlag- und Stichverletzungen am Kopf tot aufgefunden. Als der Tat verdächtig wurde der Sohn eines Fuhrwerksbesizers festgenommen, der jedoch behauptete, von einem unterwegs zugelegenen unbekanntem jungen Mann überfallen und eines Geldbetrages von 6400 RM. beraubt worden zu sein.

Sturmkatastrophe auf Kuba. Wie aus Havanna gemeldet wird, wüthet der schwere Sturm im Karibischen Meer (Mittelamerika) weiter. Kuba wurde schwer heimgesucht. Hunderte von Häusern sowie Telephon- und Telegraphenverbindungen sind zerstört worden.

Sturz vom Funkturm. In der Nacht zum Donnerstag stürzte sich eine Frau von der Aussichtsplattform des Berliner Funkturms, auf der sich außer ihr nur noch ein Aufsichtsbeamter befand, in die Tiefe. Sie stürzte 75 Meter tief auf das Glasdach des Funkrestaurants und blieb dort schwer verletzt bewußtlos liegen.

Auto mit vier Insassen im Kleinen Belt versunken. Nach einer Meldung von der Insel Fünen wurde Donnerstag zwischen Middelfard und Fredericia aus dem Kleinen Belt ein Auto geborgen, das seit etwa 14 Tagen vermisst wurde. Der Wagen war von Herming in Südwestjütland mit dem Ziele Fünen abgefahren.

Brandkatastrophe in einem Kinderheim. In Wädenswil (Kanton Zürich) brannte ein Heim ab, das 80 schwer erziehbare Kinder beherbergte. Drei der jungen Bewohner wurden bisher als Leichen geborgen, neun werden noch vermisst. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht geklärt werden.

Handel und Verkehr

Immobilien

Obernau, O.A. Rottenburg, 9. November. (Keine Kauflust für landwirtschaftliche Grundstücke.) Nach Ablauf der letzten Versteigerungsperiode verlor Baron v. Röhler auf Weidenburg seine sämtlichen auf hiesiger Markung gelegenen Grundstücke mit Ausnahme der Wäldungen (etwa noch 2,5 bis 3 Hektar), Stückweise zu veräußern.

handen erklären. Nun wurden die Grundstücke wieder wie früher auf weitere sechs Jahre verpachtet. Der Pachtpreis betrug durchschnittlich 1,50 Mark pro Ar.

Getreide

Berliner Produktionsbörsen vom 10. Nov. Weizen märk. 201-203, Roggen märk. 158-160, Braugerste 170-180, Futter- und Industrieernte 162-169, Hafer märk. 133-138, Weizenmehl 24.50 bis 27.50, Roggenmehl 20.50-22.00, Weizenkleie 9.10-9.50, Roggenkleie 8.35-8.70, Vitoriaerbsen 22-26, kleine Speiserbsen 20 bis 23, Futtererbsen 14-16 RM. Allgemeine Tendenz: schwach fallend.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 10. November. Zutrieb: 14 Ochsen, 5 Bullen, 27 Jungebullen, 8 Kühe, 34 Rinder, 153 Kälber, 614 Schweine. Ueberkauft: 11 Ochsen, 1 Jungebulle, 2 Kühe, 15 Rinder.

Bullen: ausaem 24-25 (una.), wöhlil. 22-23 (una.). Rinder: ausaem 32-35 (32-33), wöhlil. 25-29 (una.), 21-24 (una.).

Kälber: feinste Maß und beste Soust. 37-40 (una.), mittl. 33-36 (una.), ger. 30-32 (una.).

Schweine: über 300 Pfd. 44 (46), von 260-300 Pfd. 43 bis 44 (45-46), von 200-240 Pfd. 41-43 (44-45), von 160 bis 200 Pfd. 39-41 (41-43), von 120-160 und unter 120 Pfd. 37 bis 38 (39-41). Sauen (30-36) RM. Ueberkauft: Großvieh schlesisch, Ueberkauft: Kälber mählig; Schweine schlesisch, letzte Schweine über Notia.

Monheimer Schlachtviehmarkt vom 10. Nov. Zutrieb: 126 Kälber, 14 Schafe, 237 Schweine, 844 Ferkel und Läufer. Preise: Kälber 5 38-40, c 32-36, d 29-32, Schafe 3 22-27 RM. Marktverlauf: Kälber flau, Ueberkauft; Ferkel und Läufer mittelmäsig.

Calw, 10. November. (Vieh- und Schweinemarkt.) Bei dem am letzten Mittwoch stattgefundenen Vieh- und Schweinemarkt waren insgesamt 159 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 6 Ochsen, 5 Stiere, 61 Kühe, 33 Kalbinnen und 54 St. Jungvieh. Bezahlt wurde für Stiere 374-540 M pro Paar, Kühe 140-380 M, Kalbinnen 200-360 M, Jungvieh 75-190 M je pro Stück. Verkauf wurden etwa 78 Stück. Auf dem Schweinemarkt waren 41 Läufer und 658 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurde für Läufer 37-88 M, für Milchschweine 15-36 M je pro Paar bei lebhaftem Handel.

Haslach, 7. November. Der heutige Großviehmarkt war besetzt mit 104 Ochsen, 25 Kühen, 19 Kalbinnen, 7 Rindern, 8 Kälbern und 3 Ferkeln. Bezahlt wurden für das Paar Ochsen 450-540 M, für Kühe 180-275 M, Kalbinnen 170 bis 230 M, Rinder 70-90 M pro Stück. Ein Ferkel wurde zum Preise von 455 M verkauft. Geschäftsgang sehr flau. Der Schweinemarkt war besetzt mit 7 Läufern und 399 Ferkeln. Preis für das Paar Läufer 45-60 M, für das Paar Ferkel 8-28 M.

Ulm, 10. Nov. (Zuchtviehversteigerung.) Der Zuchtviehversteigerung des Verbandes Oberwälbischer Fleckviehzüchtervereine waren 59 Ferkeln und 32 weibliche Tiere zugeführt. Verkauf wurden 53 Ferkeln. Höchstpreis bei Ferkeln (ausnahmsweise schone Tiere) 2530 RM., niederster Preis bei Ferkeln 290 RM. Durchschnittspreis 653 RM. Von den weiblichen Tieren wurden 26 verkauft. Höchstpreis 600 RM., niederster Preis 300 RM. Durchschnittspreis für Kalbinnen 458 RM. Verkauf anfangs flodend, später flott. Der Versteigerung ging am Dienstag eine Prämierung voraus.

Rundfunk

Sonntag, 12. Nov.: 6.15 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Bers und Proia von Emil Böhm, 14.50 Uhr Das Cornetquartett des Bad Landestheaters, 15.30, Jugendstunde, 16.30 Uhr Vom Wandern und Jagden, vom Wein und Frohsein, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Sport, 18.25 Uhr Vorträge: Die Kunst zu altern, 18.50 Uhr Ansprache von Alfons Paquet: Die Brücke, 19.15 Uhr Zeit, Wetter, 19.30 Uhr Exkursion und Tabophon, 20.05 Uhr Orchesterkonzert, 22.20 Uhr Zeit, Wetter, Nachrichten, 22.45 Uhr Nachtmusik.

Letzte Nachrichten

Sozialdemokratische Kampfanlage an das Kabinett v. Papen Berlin, 10. November. Wie das Nachrichtenbüro des B. d. Z. meldet, tagte in Berlin am Donnerstag der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei. Ueber das Ergebnis seiner Verhandlungen wird folgendes Kommuniqué bekannt gegeben:

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschäftigte sich am Donnerstag mit der durch den Ausfall der Reichstagswahlen getroffenen politischen Lage. Dabei herrschte volle Uebereinstimmung, daß es für die Sozialdemokratische Partei nach wie vor nur den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre Pläne gäbe.

Raubüberfall auf einen Kassenboten

Kassel, 11. November. Als der Kassenbote Pöhlmann der Stadtparkasse in Carlshafen gestern abend das Kassengebäude verlassen wollte, wurde er von zwei Männern niedergeschlagen und ihm die Geldtasche mit 2000 Mark Inhalt geraubt. Die Täter entkamen auf einem Motorrad. Der Ueberfallene ist infolge der erlittenen Verletzungen noch bewußtlos, so daß nähere Angaben über die Täter noch nicht zu erhalten waren.

Neue Schwierigkeiten in Cutin

Cutin, 10. November. Vom oldenburgischen Staatsministerium wurde heute mittag Bürgermeister Dr. Stoffregen telegraphisch die Aufhebung seiner Jur-Dispositionsstellung bestätigt. Kurze Zeit später ließ der Regierungspräsident in Cutin dem Bürgermeister eine neue Verfassung zustellen, wonach Dr. Stoffregen bis auf weiteres beurlaubt und ihm aufgegeben wird, sich jeder Dienstausübung zu enthalten. Der Bürgermeister hat sofort telegraphisch Beschwerde beim Staatsministerium erhoben.

Schweres Unwetter in der Provinz Reggio di Calabria

16 Tote. Rom, 11. November. Ein Unwetter in der Provinz Reggio di Calabria verursachte schwere Schäden, insbesondere in den Gemeinden Gioiosa Ionica, Andore und Grotteria. Der angeschwollene Torbido-Bach riß eine große Brücke ein. Auch mehrere Häuser stürzten ein, so daß in Grotteria neun und in der Gemeinde Rammola sieben Tote zu beklagen sind. Der Präsekt hat sich unermüßlich in die von der Katastrophe betroffenen Ortshaften begeben, um das Hilfswort zu leisten.

Britische Note über Schuldenfrage in Washington überreicht

Washington, 10. November. Der britische Botschafter übergab heute Staatssekretär Stimson eine Note der englischen Regierung, die sich auf die britischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten bezieht.

Wie die Parlamentarische Korrespondenz des „Star“ meldet, ist es sicher, daß die Zahlung, die am 15. Dezember an die Vereinigten Staaten fällig ist, nicht geleistet werden wird. Eine Zahlungsweigerung oder Streichung käme jedoch nicht in Frage. Das getroffene Arrangement sei das Ergebnis von Unterhaltungen zwischen Norman Davis und dem Premierminister.

Gestorben

Koffelden: Christine Kentschler, Gemeindepflegerin, Witwe, 80 Jahre alt. Oberjohannsdorf: Anna Zeitter geb. Walz, 49 J. a. Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul.

Milde allein, das ist zu wenig

Es ist soviel die Rede von milden Zigaretten. Als ob es eine besondere Kunst wäre, eine milde Zigarette herzustellen! Wenn Ihnen Ihre Marke bei aller Milde nicht mehr schmeckt, dann liegt's daran, dass sie kein Aroma hat. Der OBERST Raucher hat die Gewissheit, eine 3 1/2 Pfög-Zigarette nach dem bewährten Rezept einer aromatischen 5 Pfög-Marke zu rauchen.



OBERST die 3 1/2 Pfög-Zigarette

3 1/2 OBERST Bei der nach teurerer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.

Altensteig.
Morgen Samstag
Bofsbraten
und **Mielesuppe** 
wogu freundlichst einladet
Seeger zur „Traube“.

Hallo! Besenfeld Hallo!
Sonntag auf zur Tanzunterhaltung in
„Löwensaal“
Es ladet freundlichst ein
Familie Kilgus.

Berneck.
Samstag und Sonntag
Mielesuppe
wogu freundlichst einladet
Warster zur „Traube“.

Spielberg
Morgen Samstag und Sonntag
Mielesuppe 
wogu freundlichst einladet
F. Kueff, zum „Rößle“.

Altensteig
**Pelztier-
zucht**
Jeden Scherfänger rufen wir, den hochinteressanten, reich illustrierten, vielseitigen, leicht verständlichen, wochenweise erscheinenden Pelztierzüchter (D. C. Wagner) München 2, C. Buchschallstr. 11 anzufragen. Größter deutscher Fachverlag für die Pelztierzucht-Literatur:
Zemell, Die Überfängerzucht 1. Auflage RM. 10.—
Waltzer, Der Samthüter (Mairia), 2. Aufl. Besch. RM. 8.50, geb. RM. 10.—
Wieden, Der Ritz, Besch. RM. 6.—, geb. RM. 8.75
Wöhler, Der Wolfshüt, Besch. RM. 4.50, geb. RM. 6.75
Wöhler, Die Karakulzucht, Besch. RM. 8.50, geb. RM. 10.—
Cuvier, Rentierzucht und Wirtschaftlichkeit der gemauerten Pelztierzucht, 2. Aufl. RM. 6.—
Wöll, Rentierzucht der Gegenwart (das größte und modernste Rentierzuchtwerk), Besch. 10.—, geb. RM. 12.—
Wöll, Rentierzucht, Rassen, Zucht, Besch. RM. 2.70, geb. RM. 3.00
Wöll, Die Zucht der Rentierantilope als Wirtschaftszweig, Besch. RM. 4.50, geb. RM. 5.75 etc.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk, Altensteig und Nagold.

Altensteig
Winter-Mäntel
Geschäfts-Mäntel
Herren-Anzüge
Knaben-Anzüge
Arbeits-Anzüge
Herren-Pullover
Sporthosen
Arbeits-hosen
Windjacken
Sportstrümpfe
Herrenhemden
Hosenträger
Kragen und
Cravatten
empfiehlt zu äußerst billigen Preisen
Fritz Wizemann.

Notstett.
Kommenden Sonntag, den 13. Novbr.
Herbstfeier
mit musikalischer Unterhaltung
wogu freundlichst einladet
Roller zur „Krone“.

**Familien-
Kalender**
empfiehlt die
**Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold.**
Freie Zarnerschaft Altensteig
Am Sonntag, 13. Novbr.
Fahrt nach Blattenhardt
über Böblingen—Sindelfingen
Wir bitten um Beteiligung an der Fahrt.
Fahrpreis RM. 1.50 bis 2.—
Abfahrt 12 Uhr beim „Engel“.

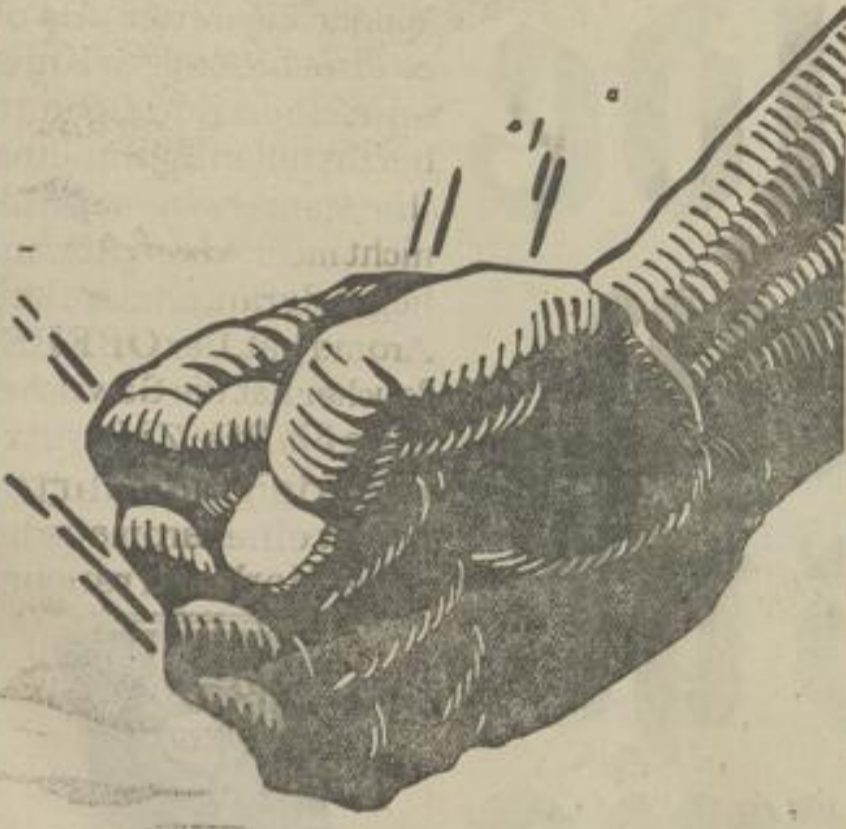

**Kaiser's
Brust-Caramellen**
mit den 3 Tannen
Jetzt Beutel 35 Pfennig
Dose 40 und 75 Pfennig

Zu haben bei: Apotheke, Löwen-Drogerie Oskar Hiller, Schwarzwald-Drogerie Fritz Schlumberger, Christian Burghard jr., Lorenz Luz jr. Inh. Eugen Beck, J. Wurster Nachf. Fr. Eckhard, Egenhausen: Chr. Beilha: z Kaltenbachs Nachf., Alfred Kuchler, Pfalzgrafenweiler: Apotheke Carl Rettich und wo Plakate sichtbar.

Dieses entzückende Kleid können Sie selbst schneiden
Gebrauchsfertiger Schnitt im November-Heft von **Reyer's Mode für Alle**
der so beliebt, weil unerreichbar praktisch und vielseitigen Monatschrift. Für 85 Pfg. liefert frei ins Haus

Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk, Altensteig und Nagold.

Kampf der Krise durch die Zeitungsanzeige!



Die gegenwärtige Wirtschaftslage erfordert von jedem Geschäftsmann, der seinen Umsatz aufrecht erhalten oder gar steigern will, vermehrte Rührigkeit, immer erneute Werbeanstrengungen. Bei dem eisernen Zwang zur Sparsamkeit muß jede unnütze Aufwendung vermieden werden. Dies gilt insbesondere für die knappen Mittel, die der Werbung neuer Kunden dienen sollen. Oberster Grundsatz muß deshalb sein:

Konzentrierung aller verfügbaren Beträge auf das erfolgreichste Werbemittel: Die Zeitungsanzeige!

Unsichere Experimente sind in Reklamedingen fehl am Platz; sie kosten Lehrgeld und bringen Verdruß. Das Geld für eine unwirksame Anpreisung ist nutzlos weggeworfen. Die Zeitungsanzeige birgt wie kein anderes Werbemittel alle Erfolgsgarantien in sich; denn sie wirkt mit System und ist nicht auf Zufallserfolge angewiesen. Für die Zeitungsanzeige gibt es keinerlei Ersatz! Deshalb

Bei der Werbung für Herbst und Winter die Zeitungsanzeige obenan!

